№ 177. Zweites Blatt.

Sonntag, 31. Juli.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.

Expeditions-Stellen: W., Lützowstraße 105 und Kronenstraße 46

Redaktion: W., Lützowstraße 105.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.

Für den Inseratentheil verantwortlich: Gustav Curen in Berlin.

Druck und Verlag der „Volks-Zeitung", Aktien-Gesellschaft Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Mit der Gratis-Beilage: Illustrirtes Sonntagsblatt.

Berlin. 1892. — 40. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich incl. Botenlohn 4 Mark — Pf.
Monatlich „ „ „ 1 „ 35 „
Wöchentlich „ „ „ — „ 35 „

Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quart. 3,25 Mk., Monat 1,10 Mk., Woche 30 Pf.

Bei allen Postanstalten: in Preußen, ganz Deutschland und Oesterreich pro Quartal 4,50 Mark, zweimonatlich 3 Mark, dritte Monat 1,50 Mark

Einzelne Nummer 10 Pfennig.

Insertionsgebühr: Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Für August und September

nehmen Abonnements auf die „Volks-Zeitung" nebst Gratis-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt" sämmtliche Post-Anstalten, alle Berliner Zeitungs-Spediteure, sowie die unterzeichneten Expeditions-Stellen entgegen. Preis in Berlin pro Monat 1 Mark 35 Pf. bei einmaliger, und 1 Mark 50 Pfennig bei täglich zweimaliger Zustellung, außerhalb Berlins 3 Mark pro August und September.

Probe-Nummern der „Volks-Zeitung" stellen wir gern zur Verfügung.

Expedition der „Volks-Zeitung",
Berlin W., Lützowstraße 105 und Kronenstraße 46.

Ein neues Monopolprojekt.

Seit Jahren mühen sich die Grubenbesitzer des niederrheinisch-westfälischen Bergwerksbezirkes ab, ein Mittel ausfindig zu machen, um die Kohlenpreise künstlich hoch zu halten. Bis jetzt haben alle Vereinigungen, Kartelle, Syndikate, Konventionen oder wie sie es sonst nannten, allenfalls für einige Zeit ihren Zweck erfüllt, auf die Dauer vermochten sie es aber nicht. Die großartigsten Pläne, die darauf hinausgingen, sämmtliche Kohlengruben unter einen Hut zu bringen und dann, wie sich die Verfechter dieser Ideen schmeichelten, den ganzen Markt zu beherrschen, scheiterten schon, ehe sie ins Leben getreten waren, auch das seiner Zeit viel besprochene Projekt, die für ganz andere Zwecke begründete Berggewerkschaftskasse zum Hinaufreiben der Kohlenpreise zu benutzen, obwohl der damalige Handelsminister Fürst Bismarck sehr bereitwillig und auf dessen Aenderungen nach einigem Widerstreben auch der Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach die Bestrebungen der Kohlenbarone unterstützen. Es wollte nicht gelingen, alle Zechen zu vereinigen, und als man auf Grund der vom Minister Maybach auf Anweisung Bismarck's genehmigten Statutenänderung zwangsweise gegen die Zuwiderhandelnden vorgehen wollte, ergab sich, daß der damalige Reichskanzler doch nicht ganz allmächtig war und die Gerichte in diesem Falle eine andere Auffassung von Gesetz und Recht hatten, als der heutige Herzog von Lauenburg.

Nach dem Scheitern dieses genialen Planes versuchte man es mit Kohlenverkaufsvereinen in der Form von Aktiengesellschaften. Es wurden deren für jedes Revier begründet; sie sollten unter steter Fühlung mit einander die von sämmtlichen Zechen geförderten Kohlen verkaufen, den einzelnen Zechen die von ihnen auszuführenden Lieferungen zuweisen, die Zahlungen entgegennehmen und nach Abzug der Verwaltungs- und sonstigen Kosten jeder Grube die auf sie entfallenden Summen auszahlen. Unter den „sonstigen" Kosten befanden sich Beträge, die einer eigenen Einrichtung geopfert werden mußten. Da das Zuland nicht alle geförderten Kohlen verbraucht, so muß ein großer Teil ins Ausland abgestoßen werden, das Ausland kauft aber natürlich die Kohlen nicht zu dem für das Inland festgesetzten, sondern zu dem Preise, der durch die Lage des eigenen Marktes, das heißt durch die Konkurrenz bestimmt wird. Die Kohlen-Verkaufsvereine mußten also dem Auslande billiger liefern, der Zeche aber, deren Kohlen ins Ausland gingen, mußten Entschädigungen auf Kosten der Aktionäre der Vereine gezahlt werden. Das ging so lange gut, als es den Vereinen gelang, die Kohlenpreise im Inlande hoch zu halten. Als diese, zumal in Folge des Rückganges der Eisenindustrie, ins Wanken kamen und die Konkurenz der den Vereinen nicht beigetretenen Zechen — ein Teil der Kohlengrubenbesitzer ist ja doch immer vernünftig genug, sich an derartigen Dingen nicht zu beteiligen — sich fühlbarer machte, da fingen die Vereinszechen selbst an, sich nicht mehr um das Vereinsbüreau zu bekümmern, und das Ende vom Liede ist, daß die Verkaufsvereine dem Zweck, zu dem sie begründet waren, nicht mehr dienen können und ihre Auflösung nur noch eine Frage kurzer Zeit ist.

In dieser schwierigen Lage kam dem früheren Reichstags-Abgeordneten Kleine, einem bei vielen Kohlenbergwerken beteiligten Gewerke- und Gruben-Direktor, der auch früher schon bei den Beratungen über die Monopolpläne eine der ersten Rollen gespielt hatte, die Erleuchtung. Er begann eine neue Agitation für die Errichtung einer Vereinigung, die alle Gruben umfassen soll, und zwar diesmal in der Form einer Aktiengesellschaft. Herr Kleine hat Statuten ausgearbeitet und beweist in einem langen Berichte, daß er endlich das gefunden hat, was der Kohlenindustrie allein helfen kann, und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", die, gemeinschaftlich und übereinstimmend wie sie ist, alle bisherigen Versuche, so aussichtslos sie auch immer von vornherein sein mochten, verteidigte, begrüßt auch den neuesten mit einem Hymnus und erklärt alle für Besserwisser und Nörgler, die so vorlaut sind, einige Einwendungen bescheiden auszusprechen. Gestern sollte eine Versammlung der Vertreter aller Grubenverwaltungen stattfinden. Das genannte Blatt sieht indessen selbst schon ein, daß der Plan des Herrn Kleine nicht auf allgemeine Unterstützung rechnen kann, und spricht unter Berufung auf seinen Heros Bismarck von Kompromissen, von gegenseitigen Zugeständnissen und Opfern. Zu Zugeständnissen hat sich schon der Urheber des Planes gezwungen gesehen. Es sollen nämlich die einzelnen Grubenverwaltungen das Recht haben, bis zum 1. Januar 1893 selbstständig Verkaufsverträge auf beliebige Zeit hinaus abzuschließen. Damit würde von Anfang an die Monopolgesellschaft bis weit in das nächste Jahr hinein lahmgelegt sein, denn sie würde blos die weniger gangbaren und schlechteren Kohlensorten zum Verkaufe erhalten, während die unter günstigen Verhältnissen arbeitenden, mit den besten Vorrichtungen ausgerüsteten Gruben sich beeilen würden, möglichst für das ganze nächste Jahr ihre Förderung zu verschließen. Und unter solchen Voraussetzungen sollen sich die Grubenverwaltungen entschließen, sich auf zehn Jahre zu binden, dem Kohlensyndikate mit seiner höchst schwerfälligen Organisation sich völlig zu überliefern und bei schwerer Geldstrafe auf jedes eigene Geschäft zu verzichten! Das werden schon die kaufmännischen Leiter zu vereiteln wissen, wenn nicht aus anderen Gründen, so doch aus der egoistischen Erwägung, die Besitzer der Gruben wenn erst einmal die „Aktiengesellschaft Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat" ins Leben getreten ist, würden sehr schnell zu der Ansicht gelangen, daß die hohen Gehälter und Tantièmen der kaufmännischen Direktoren gespart werden könnten.

Berlin, den 30. Juli 1892.

Heftige Kopfschmerzen macht der „Nordd. Allg. Ztg.", also der hinter ihr stehenden Regierung, andauernd das neue konservative Programm. Die Regierung sähe es gar zu gern, daß sich mit dem Programm regieren ließe, ohne daß eine der wichtigsten Grundlagen des Staatslebens erschüttert würde. Die Konservativen wollen aber in das Programm einen Judenverfolgungs-Artikel aufnehmen. Darob liest ihnen die „Nordd. Allg. Ztg." heute folgendermaßen den Text:

> Die bisherige persönliche Bekämpfung des Judentums hat in einer Reihe von Jahren, wie für Jedermann klar vor Augen liegt, gar nichts zu Tage gefördert, als ein ödes Schreien und Schimpfen, welches durch den Rückschlag, den ein so widerwärtiges Gebahren bei Menschen von maßvoller und anständiger Denkungsart hervorbringen mußte, den gemein und brutal Angegriffenen Sympathieen zuführte, die wesentlich im Gerechtigkeitsgefühl und in der Achtung vor den Bestimmungen unseres Staatsgrundgesetzes ihren Grund und ihre Wurzel hatten.

In den Versammlungen einer erhitzten und urteilslosen Menge auftreten. Ich werde jedoch genug wissen, wenn Sie die Verteidigung zurücklegen. Für diesen Fall gelte Ihnen das erwähnte Honorar als Entschädigung."

„Sie sehen," sagte der Verteidiger, den Brief zusammenfaltend, „man kann dieses Schreiben auch in dem Sinne deuten, wie ich es vor dem hohen Gerichtshofe getan habe."

Auch Sandrovics lächelte nun. Er war ein Ehrenmann, glänzend gerechtfertigt — seine Frau aber mit ihrem idealen Gerechtigkeitssinne, seine Frau, die zu seiner Rettung beigetragen, war vor aller Welt bloßgestellt als ein Weib, das ihn hatte verderben wollen!

Wie seltsam gestalten sich doch oft die Verhältnisse im Leben, wie seltsam das Urteil der Welt!

9.

Die Verhaftung und der Prozeß Sandrovics' hatten in Debreczin natürlich großes Aufsehen erregt. Das Schwindelgebäude des Advokaten stürzte mit einem Schlage zusammen. Die Gläubiger pochten an die Tür, Clienten verlangten ihre anvertrauten Depots zurück und drohten mit der Strafanzeige, den ganzen Tag kam man mit Rechnungen, Forderungen, Beschwerden. Es mußte über das Vermögen des Advokaten der Konkurs eröffnet werden.

Das Haus, welches Juliska bewohnte, wurde in die Konkursmasse nicht einbezogen. Der Advokat hatte es ihr als Hochzeitsgabe dargebracht und es war auf ihren Namen geschrieben. Dann aber hatte er ihre Unterschrift gefälscht und große Summen darauf aufgenommen. Sie übertrugen beinahe den Wert der Baulichkeit. Aber der alte Marzai begleich die Forderungen der Sparkassen, um das Haus schuldenfrei zu machen.

Juliska hatte keine Ahnung, welche Opfer ihr Vater damit brachte. Als er zwei Monate später den Folgen eines Schlaganfalles erlag, sah man erst bei der Sichtung seines Nachlasses, daß es sein letztes Geld gewesen war, welches er auf dieses Haus gewendet. Der Advokat hatte ihm nach und nach das ganze Vermögen herausgelockt — teils als Darlehen, teils zur vorgeblich besseren Verwertung — Michael Sandrovics bestritt geraume Zeit mit dem Gelde des Vaters den Aufwand der Tochter.

So fiel die Verschwendung der schönen Frau auf sie selbst zurück. Sie hatte mit Sandrovics sich selbst zu Grunde gerichtet. Ein wahres Glück, daß die Frauen dem Gelde keinen allzu hohen Wert beilegen. Sie hätte sich sonst mit Selbstvorwürfen das Leben verbitteren müssen.

Der Tod des Vaters traf Juliska sehr empfindlich. Sie lebte nunmehr noch zurückgezogener, mit einer einzigen Magd in dem Hause, welches ihr von allem früheren Reichtum geblieben war. Hier und da bekam sie den Besuch einer alten Freundin, das war ihre ganze Zerstreuung.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte sie den Prozeß ihres Gatten. Sie allein wußte, daß er keine fünfzehntausend Gulden mehr besaß, daß er schuldig war, wenn dafür die juristischen Beweise auch nicht aufgebracht werden konnten.

Dann hatte sie noch eine weitverzweigte Korrespondenz geführt. Im Schreibtische ihres Gatten fand sie mancherlei Schriften, welche ihr halfen, den Spuren der Vergangenheit dieses Mannes nachzugehen. Sie entzifferte manches dunkle, schwer leserliche Blatt derselben. . . .

Es war an einem kühlen türkischen Maitage. Juliska hatte versucht, im Garten ein wenig frische Luft zu schöpfen, aber es fröstelte sie auf ihrem Spaziergang bald und sie kehrte in das Haus zurück. Die abendlichen Dämmerschatten lagen bereits auf der Straße, als sie zu ihrem Zimmer im ersten Stocke emporstieg. Sie nahm in ihrem Schaukelstuhle Platz und überlas einen Brief, den sie am Morgen erhalten hatte.

Da wurden plötzlich feste Männerschritte im Gange hörbar, Schritte, die sie erzittern machten. . . . Einen Augenblick später wurde die Tür hastig geöffnet — Michael Sandrovics stand vor ihr.

Alles Blut strömte ihr zum Herzen, so sehr erschrak sie bei dieser Erscheinung.

„Du hier?" rief sie, indem sie sich vom Sitze erhob.

„Ja, ich bin hier," sagte er gutmütig. „Ich bin frei, glänzend gerechtfertigt. Ich hatte Eile, zurückzukehren, Dich wiederzusehen."

Sie machte eine abwehrende Bewegung mit der Hand.

„Frei?" fragte sie. „Wirklich frei? Und auch freigesprochen?"

immer aufs Neue und in immer weiter gehendem Maße Forderungen aufzustellen, welche eine Beseitigung grundlegender Verfassungsgesetze in sich schließen, ohne doch den Mut zu haben, mit einem Antrag auf legale Aufhebung dieser Gesetze offen hervorzutreten, ist verwerfliche Demagogie, ist nicht blos mit konservativer Prinzipientreue, sondern mit staatserhaltender Gesinnung unvereinbar.

Dem niedrigen Sinne des Rowdytums ist Gerechtigkeit ein unverständlicher Begriff. Wo daher die Organe des Staates, die Diener und Vollstrecker des königlichen Willens nach Pflicht und Gewissen ihres Amtes walten, erfreut sich der betörte Wahnsinn, die Integrität der Obrigkeit in Zweifel zu ziehen.

Um aber den Herren Konservativen so weit wie möglich entgegenzukommen, erinnert die Norddeutsche ihre Freunde an den Passus des konservativen Programms von 1876, welcher lautet: „Wir fordern die schrittweise Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals." Die konservativen Programm-Erfinder werden für diesen Wink kein Verständniß haben. Millionäre möchten sie alle sein, die Herren Fideikommißbesitzer und sonstigen Agrarier, und die „Bevorzugungen", die ihnen bei ihrem Gelderwerb durch Getreidezölle, Liebesgaben 2c. zu Teil werden, finden sie ganz in der Ordnung. Des Pudels Kern aber ist, daß sie allein Kapitalien sammeln wollen, christlich-germanische und adlige Kapitalien. Das übersieht die Norddeutsche. Der Antisemitismus dieser Herren ist nichts als Brotneid. Im Uebrigen, wenn die Gesehrten der konservativen Partei den gegen das Kapital gerichteten Programmpunkt im Sinne der „Nordd. Allg. Ztg." ernstlich erörtern wollten, täten sie gut, sich mit einigen gescheiten Sozialisten in Verbindung zu setzen, damit unter deren Mitwirkung der „Sozialismus der dummen Kerle" in dem Programm der „staatserhaltenden Parteien" nicht eine gar zu dumme Rolle spielt.

Uns depeschirt ein Korrespondent **aus Jena**, daß aus Anlaß des heute dort in Scene gehenden Bismarck-Rummels viele Häuser von Anhängern der „Dynastie Bismarck" mit Flaggen geschmückt seien. Die öffentlichen Gebäude zeigten dagegen keinerlei Schmuck. Das Gegenteil davon wäre unserer Meinung nach einfach ein Skandal. Der Herzog weiß, wie er immerwährend betont, als Privatmann. Seit wann aber werden um eines Privatmannes willen öffentliche Gebäude geflaggt, überdies eines Privatmannes, der auf einer Tournée als oppositioneller Agitator begriffen ist?

Der **edle Graf Gersdorff**, Landtags-Abgeordneter, Kammerherr 2c. 2c., hat seit seiner Wahl an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses sich nicht beteiligt, die Räume desselben in der Regel nur behufs Erhebung der Diäten betreten und hat seit einiger Zeit seinen Wohnsitz ganz in Oestreich genommen. Sein Name ist inzwischen in Verbindung mit Prozessen und mit anderen Geldangelegenheiten recht unerquicklicher Natur in der Presse mehrfach genannt worden. Abweichend von der Uebung, in Fällen solcher Art das Mandat niederzulegen, hat Graf Gersdorff dies nicht getan, vielmehr nach Zeitungsnachrichten noch während der letzten Session vom Auslande die Diäten, wenn auch erfolglos reklamirt. Der Fraktionsvorstand, welchem er sich allerdings nur dem Namen nach angeschlossen hatte, hat ihn — wie die freikonservative „Post" mitteilt, die in dem hinter Schloß und Riegel sitzenden Grafen einen politischen Freund verehrt — längst aus seiner Gemeinschaft ausgeschlossen. Die Landesvertretung selbst aber ist nicht in der Lage, Gleiches zu tun. Nur der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in Folge gerichtlichen Erkenntnisses hat auch den Verlust des Mandats zur Folge. Die „Post" wirft die Frage auf, ob es nicht geraten sei, gesetzliche Maßregeln zu treffen, um diesem Mißstande zu begegnen, kommt aber selbst zu einem negativen Resultat. Und das ist auch das Richtige. Glücklicherweise ist solch ein nobler Herr, wie der Herr Graf, im preußischen Abgeordnetenhause ein Unikum; Leute von der „bürgerlichen Canaille" werden es beim besten Willen nie so

---

*) Neu eintretenden Abonnenten wird der Anfang dieses Romans auf Wunsch von der Expedition der „Volks-Zeitung" gratis nachgeliefert.

Nachdruck verboten.
22)

Das gestohlene Paradies.

Roman von Hugo Klein.

(Fortsetzung.)

Sandrovics fuhr mit dem Verteidiger ins Hotel zurück, welches er unfreiwilligerweise mit einem anderen Logis hatte vertauschen müssen.

„Haben Sie den Brief meiner Frau bei der Hand?" fragte er. Und hat es mit dem, was Sie vorgebracht haben, seine Richtigkeit?"

Der Verteidiger lächelte.

„Wie man es nimmt," sagte er. „Hier ist der Brief. Die betreffende Stelle lautet:

„Ich bitte Sie, Herr Doktor, Alles aufzubieten, damit die Wahrheit ans Licht komme. Es handelt sich um einen Mord — und wenn mein Gatte denselben wirklich begangen hat, so muß er auch seine Strafe dafür erleiden, so muß die Gesellschaft vor ihm geschützt werden. Ich hätte keine ruhige Stunde mehr an der Seite dieses Mannes, der unter einem Mordverdacht steht, wenn ich nicht wüßte, daß seine Unschuld in einer Weise erwiesen wurde, welche jeden, auch den geringsten Zweifel ausschließt. Ist dies aber nicht möglich — nun dann nehme die Gerechtigkeit ihren Lauf. Decken Sie unter allen Umständen die Wahrheit auf — im Interesse der Gesellschaft, im Interesse einer armen Frau, welche pflichtgemäß zum Gatten halten will, wenn sich dessen Unschuld erweist, die aber ein so tiefer Abscheu vor dem Verbrechen erfüllt, daß sie sich von diesem Manne lossagen muß, wenn es ihm nicht glückt, sich von dem schrecklichen Verdachte gänzlich rein zu waschen. Ich will meinen Schmuck verkaufen und Ihnen ein besonderes Honorar von tausend Gulden zahlen, wenn Sie von einem höheren Standpunkte Ihres Amtes walten und sich von nichts Anderem leiten lassen, als dem Geiste der Gerechtigkeit. Ich weiß, es ist unzulässig, daß Sie als Ankläger meines Mannes